

In memoriam Artur Meier (6. April 1932 – 30. Januar 2025)

Artur Meier wuchs bis zum Zweiten Weltkrieg im Berliner Wedding auf, wo seine Familie im Frühjahr 1944 ausgebombt wurde. Sein Vater arbeitete als Fräser, seine Mutter als Reinemachfrau. Sie kam mit ihrem gesamten Verdienst für das monatliche Schulgeld von 20 Mark für seinen Oberschulbesuch auf. Der Verlust der Wohnung führte nach einer Zeit der Evakuierung zum Umzug nach Pankow und damit in ein Leben in der DDR.

War schon Artur Meiers Aufnahme in eine höhere Schule außergewöhnlich, so gilt dies in einem noch viel größerem Ausmaß für seine berufliche Karriere. Bereits im September 1951, nur wenige Wochen nach seinem Abitur, begann er als Lehramtsanwärter an der Schinkel-Oberschule im Prenzlauer Berg. Mit 21 Jahren wurde er stellvertretender Direktor dieser Schule. Parallel dazu nahm er ein Abendstudium an der Pädagogischen Hochschule auf und legte bereits 1954 sein Staatsexamen als Fachlehrer für Geschichte ab. Die Examensarbeit schrieb er über das Thema »Der Kampf der besten Männer Preußens um die Heeresreform«. Kurz darauf erfolgte seine Ernennung zum Schulinspektor im Berliner Prenzlauer Berg. Dort leitete er ab 1961 die Volkshochschule. Von 1959 bis 1964 hatte er eine Aspirantur an der Humboldt-Universität zu Berlin und promovierte 1964 zum Dr. paed. mit einer Arbeit zur Geschichte der Erwachsenenbildung: »Die Bestrebung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur systematischen sozialistischen Bildung und Erziehung erwachsener Erwerbstätiger (1918–1923)«. Ab 1966 absolvierte er ein Zusatzstudium in Industrie- und Organisationssoziologie und habilitierte sich 1970 mit einer Arbeit über »Das Bildungssystem als soziale Organisation«. 1970 wurde er Leiter der Abteilung Soziologie des Bildungswesens an der Akademie für Pädagogische Wissenschaften in Berlin, 1971 Dozent und 1976 ordentlicher Professor für Bildungssoziologie an der Akademie.

Seit 1976 war er Mitglied und ab 1986 stellvertretender Vorsitzender des Nationalkomitees für Soziologische Forschung der DDR. 1986 wurde Artur Meier als ordentlicher Professor an die Humboldt-Universität berufen und zum Leiter des Bereichs »Soziologische Theorie« und Direktor des Instituts für Soziologie ernannt.

Artur Meier war »Pädagoge« auch in dem Sinne, als er sich als Lehrer, Professor und Vorgesetzter große Verdienste in der Förderung junger Menschen erworben hat. Als Direktor und Lehrer in der Volkshochschule Prenzlauer Berg ermöglichte er das Abitur einer Reihe von AbendschülerInnen,

die in der regulären sozialistischen Schule nicht zurechtkamen. Ebenso wirksam war Artur Meier als Hochschullehrer und Doktorvater in der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung.

Artur Meier etablierte die Bildungssoziologie in der DDR als gleichermaßen theoretisch und empirisch anspruchsvolle Disziplin und konnte dabei auf seine eigenen Erfahrungen als Lehrer und Schulverwalter zurückgreifen – und dies in einem politischen Umfeld, das der Soziologie kritisch bis ablehnend gegenüberstand. Von Mitte der 1970er bis in die Mitte der 80er Jahre initiierte er Forschungen zur Lebensweise und zu den sozialen Erfahrungen älterer SchülerInnen. In den 80er Jahren führte Artur Meier dann auch eine Reihe von empirischen Studien durch, die sich mit der Ungleichheit von Bildungschancen, also der Reproduktion von sozialistischen Klassenunterschieden in der DDR befassten. Die Ergebnisse dieser Forschungen waren allesamt als »vertraulich« deklariert und durften nicht veröffentlicht werden. Sie fanden zumeist auch wenig Anerkennung in dem von Margot Honecker geleiteten Ministerium für Volksbildung oder in der Akademie der pädagogischen Wissenschaften, da sie nicht den politisch-ideologischen Erwartungen entsprachen.

Mit seiner Berufung an die Humboldt-Universität Anfang der 80er Jahre gelang es Artur Meier, den Studiengang Marxistisch-Leninistische Soziologie zu reformieren, zu professionalisieren und ihn damit an internationale Standards heranzuführen. Die soziologische Forschung am Institut ist unter seiner Leitung auf Forschungen über die »Einführung neuer computergestützter Technologien in Industrie- und Dienstleistungsarbeit« fokussiert worden. Er trug mit seinen fachlichen Standards wesentlich dazu bei, dass das Institut für Soziologie an der Humboldt-Universität im allgemeinen Reform- und Umbauprozess nach der Wende nicht »abgewickelt« wurde, sondern in Teilen anschlussfähig war und erhalten blieb.

Artur Meier war ein außerordentlich produktiver und erfolgreicher Autor. Zunächst veröffentlichte er zur Didaktik der Erwachsenenbildung, dann die Ergebnisse einer breit angelegten vergleichenden Untersuchung des ostdeutschen und sowjetischen Schulsystems. Erst später – und auf Englisch – wurden diese Befunde prononciert als Beweis der Unterschiede und der »nationalen Tradition des deutschen Bildungswesens und der DDR« interpretiert. Sein auf der Habilitationsschrift fußendes Lehrbuch über die »Soziologie des Bildungswesens« wurde nicht nur in Ost- und Westdeutschland veröffentlicht, sondern auch in fünf Sprachen übersetzt und 1976 mit dem Internationalen Preis der Polnischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet.

Dieses Buch deklarierte sich noch ganz als marxistisch-leninistische Soziologie, war aber in der Sache ebenso strukturfunktionalistisch wie empirisch ausgerichtet.

Nach dem Prager Frühling und noch mehr nach der Solidarność-Bewegung in Polen stand Artur Meier nach eigenem Bekunden dem DDR-Sozialismus zunehmend kritisch und distanziert gegenüber. Diese Haltung und zugleich seine Annäherung an die »westliche« Soziologie wurden zweifellos durch eine für ihn ganz durchschlagende biografische Erfahrung gefördert, nämlich die Vertretung der DDR-Soziologie in der International Sociological Association, deren Vizepräsident er von 1986 bis 1991 war: »Seitdem ich 1975 in das ISA-Publikationskomitee [...] gewählt worden war, fühlte ich mich in gewissem Sinne geschützt und wurde selbstsicherer, sowohl auf dem internationalen Parkett als auch gegenüber den heimischen Behörden in der DDR«, schrieb er 2002 in seinen Erinnerungen »Liebesglück und Wissenschaftslust. Ein (un)ordentliches Leben in dreieinhalb Deutschlands«. Den Zusammenbruch der DDR hat Artur Meier begrüßt und 1991 in einem Beitrag für *Aus Politik und Zeitgeschichte* theoretisch als Scheitern ihrer Ständegesellschaft sorgfältig hergeleitet. Die engen kollegialen und freundschaftlichen Beziehungen unter anderem mit Pierre Bourdieu, Fernando Cardoso, Melvin Kohn, Juan Linz, Thomas Bottomore, Neil Smelser, Nancy Tuma, Martin Trow und Erwin K. Scheuch beeinflussten nicht nur seine soziologischen Forschungsarbeiten, sondern fanden ihren Niederschlag auch in der Lehre und in der Förderung von Auslandsaufenthalten seiner MitarbeiterInnen.

In freier Wahl wurde er 1989 an der Humboldt-Universität als Institutsdirektor bestätigt. Nach Gastaufenthalten am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, an der University of California in Berkeley und San Diego fand er sehr rasch Kontakt zu westdeutschen Kooperationspartnern und führte eine Reihe großer empirischer Studien durch, darunter eine Längsschnittstudie zur Weiterbildung und eine leider kaum beachtete Studie zum Vergleich der Anpassung ostdeutscher und amerikanischer Jugendlicher an den Strukturwandel in der Landwirtschaft. Die letztgenannte Studie ist nicht nur wegen der Kooperation mit dem Bremer Sonderforschungsbereich zu »Statuspassagen und Risikolagen« bemerkenswert, sondern auch, weil Artur Meier trotz seiner zunehmend kritischen Einstellung gegenüber der forcierten Wiedervereinigung für die ostdeutschen Jugendlichen im Gegensatz zu den Jugendlichen in Iowa sehr positive Anpassungserfahrungen konstatiert. Umso bedauerlicher war es, dass Artur Meier nach der Strukturanpassung der Humboldt-Universität an das bundesdeutsche Hochschulformat zwar

den Titel »ordentlicher Professor« behielt, aber trotz positiver Evaluierung keine Professur nach neuem Recht bekommen hat, sondern nur eine Stelle mit *k.m.*-Vermerk und niedrigen Altersbezügen. Nicht nur der damalige Wissenschaftssenator, sondern auch der Akademische Senat der Humboldt-Universität hatten diese Herabstufung »aus politischen Gründen« beschlossen. Seine langjährigen Leitungstätigkeiten im DDR-Wissenschaftssystem, seine internationale Präsenz und zahlreichen Auslandskontakte wurden anscheinend als besondere Nähe zum SED-Regime ausgelegt. Das hat ihn noch lange nach seiner Emeritierung im Jahr 1997 verbittert. Seine persönlichen und wissenschaftlichen Erfahrungen in »dreieinhalb Gesellschaftsordnungen« und sein Erleben der Wende hat Artur Meier in einer Autobiografie und weiteren Arbeiten rekonstruiert und reflektiert. Wir hatten über die Jahre bis in die letzten Monate immer wieder Kontakt miteinander, aber ich bedauere, dass ich erst jetzt viel mehr von ihm gelesen und über ihn erfahren habe als zu seinen Lebzeiten.

Artur Meier verstarb 93-jährig nach längerer Krankheit am 30. Januar 2025 in Berlin.

Karl Ulrich Mayer

In memoriam Johann Albrecht (Alf) Mintzel (18. April 1935 – 16. Februar 2025)

Alf Mintzel kam 1981 von der FU Berlin an die junge Universität Passau, deren Soziologie er bis zu seiner Emeritierung am 24. November 2000 nicht nur entscheidend prägte, sondern geradezu personifizierte. Er war weder ein Berliner, noch fühlte er sich dem links-alternativen Milieu zugehörig. Wenn er sich überhaupt landsmannschaftlich zuordnete, dann – unüberhörbar – als Franke. Nie aber vergaß er hinzuzufügen, dass auch diese Verbundenheit gebrochen sei und dass obendrein Franken natürlich keine geographische oder kulturelle Einheit bilde. Franken als Einheit wurde erst im Nachkriegs-bayern »gemacht«, nicht zuletzt von »seiner« CSU.

Alf Mintzel wurde am 18. April 1935 in Augsburg geboren, wuchs in München, Nürnberg, Würzburg und der Oberpfalz auf – dorthin verschickt, um den Luftangriffen zu entkommen. Er entstammt der gleichnamigen Hofer Drucker- und Verlegerfamilie, in deren Tradition er sich ausdrücklich stellte und zu deren Geschichte er intensiv gearbeitet hat. Diese alte Dynastie zählte schon im 17. Jahrhundert zu den ersten Zeitungsdruckern und musste mehrfach politischer oder religiöser Verfolgung entfliehen. Die Doppelberufung Mintzels – Wissenschaftler und Künstler – wird wohl mit dieser Familiengeschichte zusammenhängen. Der bildenden Kunst ist er stets treu geblieben, und nahm sie nach seiner Emeritierung wieder verstärkt auf.

Mintzel studierte zunächst Freie Malerei und Grafik an der Werkkunstschule Hannover. Nach einem zweijährigen Ausflug in die Jurisprudenz nahm er 1961 das Studium der Soziologie, Psychologie, Politikwissenschaft in Berlin an der Freien Universität auf. Diplom-Soziologe 1967, Promotion 1974 und *venia legendi* für das Fach Politikwissenschaft 1978 sind die weiteren Stationen. Mintzels Studium und seine Lehrtätigkeit als wissenschaftlicher Assistent bei Otto Stammer am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU, dem berühmten Otto-Suhr-Institut »OSI«, fielen also in die Zeit der Studentenbewegung. Mit deren führenden Köpfen war er vertraut, mit vielen ihrer Ziele stimmte er überein, sein analytischer Verstand erlaubte aber keine vollständige Identifikation.

1964 heiratete er Inge Lu Schaltenbrand; das erste Kind kam noch in beider Studentenzeit. Von der künstlerisch-wissenschaftlichen Partnerschaft

der Mintzels zeugt etwa der gemeinsame Bild- und Gedichtband »Es ist noch Zeit genug« (1989).¹

Der Biograph der CSU. Alf Mintzel war an verschiedenen interdisziplinären Forschungsprojekten beteiligt, die ihn unter anderem in die National Archives nach Washington führten. Sein großes Projekt, das in ein Lebenswerk münden sollte, begann indes 1968 mit dem unscheinbaren Titel »Die CSU in Bayern«. Diese Unternehmung begründete später Mintzels Ruf als zeitgenössischer Klassiker der politischen Soziologie. Bis dahin waren aber nicht nur Berge an Quellenmaterial mit protestantischer Arbeitsethik zu durchforsten, sondern auch mancherlei Abenteuer zu bestehen, auf die kein Handbuch der empirischen Sozialforschung und keine Einführung in die Methodenlehre vorbereitet. Aus seinen verstreuten Andeutungen ging jedenfalls hervor, dass sein einmaliger und ungehinderter Zugang zu CSU-Dokumenten und Archiven einer glücklichen Verkettung kommunikativer Missverständnisse von CSU-Oberen und -Unteren zu verdanken war. Als dann die ersten Forschungsergebnisse ruchbar wurden – wobei die CSU-Landesleitung noch vor dem Autor an die Druckfahnen des Opus Magnum aus dem Jahr 1975 kam – wurde Mintzel von links wie rechts angegriffen: Er habe sich mit »Wallraff-Methoden« eingeschlichen, um die CSU zu verunglimpfen, hieß es einerseits, er sei ein willfähriger Büttel der Bourgeoisie andererseits. Denn eine wohlfeile Parteienkritik stellten Mintzels CSU-Studien nie dar.

Der phänomenale Aufstieg und anhaltende Wahlerfolg dieser Partei entzieht sich gängigen Klischees; er birgt vielmehr eine wissenschaftliche Herausforderung ersten Ranges, die Mintzel als erster mit sozialwissenschaftlichen Mitteln zu lösen suchte. Wie gelang es einer Partei, politisch-kulturell heterogene Räume zu einer Einheit zu verschmelzen und sie über einen langen Zeitraum zu dominieren beziehungsweise welche Kräfte sind am Werk, um eine solche Vorherrschaft zu untergraben? Der soziologische Alltagsverstand – konservativ, weil Agrarland – hilft da nur scheinbar weiter. Denn zum einen war der CSU ihr Wahlerfolg durchaus nicht »in den Schoß gelegt«. Sie musste in harten und langen Kämpfen die altbayerisch-partikularistische »Bruderpartei« Bayernpartei niederringen, die klerikal-konservativen Anti-Modernisten in den eigenen Reihen zurückdrängen und endlich liberale und sozialdemokratische Hochburgen in Franken schleifen. Erst in und nach diesen Kämpfen, unter geschickter Zuhilfenahme der staatsbayerischen Tradition und begünstigt von der anhaltenden Nachkriegsprosperität, gelang es

1 Die Quellen für alle hier erwähnten Publikationen und zahlreiche weitere Dokumente zum Leben und Wirken von Alf Mintzel finden sich auf www.prof-dr-alf-mintzel.de.

schließlich der CSU, als *die* Partei Bayerns aufzutreten, als die sie heute allgemein gilt. Und zweitens hat die rapide Industrialisierung Bayerns die konservative Vorherrschaft gerade nicht untergraben – ganz im Gegenteil! Früher waren es rauchende Schlote, die in weißblauen Himmel ragten, heute sind es Laptops und Lederhosen, für die die CSU verantwortlich zeichnet.

Neben der dichten, aus der Fülle der Aktenbestände schöpfenden Materialgrundlage lassen sich mindestens drei Besonderheiten an der Mintzelschen CSU-Analyse nennen. Da ist zum einen der struktur-geschichtliche Zugang. Hinter der aktuellen Organisationswirklichkeit der Partei erkennt sein »anatomisch« geschulter Blick eine zweite, auf territorialen und konfessionellen Gegebenheiten beruhende Schicht (und weist diese mit Kartenmaterial und ökologischen Analysen minutiös nach). Dieser (anfänglichen) Koinzidenz von organisationaler Situation und territorialer Geschichtlichkeit sind Parteien aber nicht passiv ausgeliefert. Mintzels Blick gilt daher zweitens in besonderem Maße den Eliten und deren Fähigkeit, Chancen wahrzunehmen und sozialen Wandel in ihrem Sinn zu steuern. Hinzu kommt drittens eine kulturwissenschaftliche – früher hätte man vielleicht gesagt: ideologiekritische Komponente. Unter anderem dank der späten Vollindustrialisierung Bayerns und der weiter verbreiteten Normen der Besitzmittelstandsgesellschaft konnte die CSU an bayernspezifische Identifikationsmuster anknüpfen und diese staatsbayerisch verallgemeinern und letztlich für sich reklamieren.

Mintzel geht also von der Wirksamkeit von Apparaten aus, die sich Eliten untertan machen können – aber nur innerhalb historisch-kultureller Rahmungen und eingebettet in gesellschaftliche Wandlungsvorgänge. Parteien sind ihm sowohl Agenten als auch Akteure. Deshalb hat Mintzel die Großparteien moderner Industriegesellschaften sowohl gegen einen alle Parteien gleichsetzenden Volksparteien-Typus als auch gegen die Prognose verteidigt, sie gingen ihrer Zentralität im Herrschaftsgefüge verlustig. »Verteidigt« freilich im analytischen, nicht im normativen Sinne.

Der Lehrstuhl-Solitär. Als Mintzel 1980 – *horribile dictu* – an einer Festschrift für Franz Josef Strauß mitwirkte, hatte er in der damaligen Situation – zu der auch Stasi-Mitarbeiter am Zentralinstitut gehörten – keine Chance mehr, in Berlin berufen zu werden. Mit Unterstützung renommierter Fachvertreter wie Rudolf Wildenmann, M. Rainer Lepsius und seinem Passauer Kollegen Heinrich Oberreuter kam er schließlich, nach Lehrstuhlvertretungen in Bochum und Mannheim, nach Passau. Zunächst schien vieles offen und die

Solitärprofessur nur ein vorübergehender Anfang. Es galt, das Fach aufzubauen, Studienpläne und Prüfungsordnungen zu erstellen, Entwicklungs- und Arbeitspläne zu entwerfen. Mintzel hat dies in regelmäßigen Rechenschaftsberichten minutiös dokumentiert. Da es wider Erwarten bei dieser einzigen Professur blieb, wurde Soziologie in der Hauptsache Nebenfach und Dienstleisterin für andere Studiengänge. Für Mintzel wie auch seine Mitarbeitenden war es oft nicht leicht, auf ein geliebtes Themenangebot verzichten zu müssen, wenn es abseits des dringend Erforderlichen stand. Das solide Grundstudium hatte stets Vorrang.

Besonders erfolgreich erfüllte die Passauer Soziologie ihre Brückenfunktion in dem vom Alf Mintzel 1989 mitkonzipierten, interdisziplinären und praxisbezogenen Diplomstudiengang »Sprachen-, Wirtschafts- und Kulturraumstudien«. Mit ihm wurden erfolgreich (Berufs-)Chancen erschlossen, die sich aus dem zusammenwachsenden europäischen Binnenmarkt und den nationenübergreifenden, politischen und kulturellen Verflechtungen ergeben. Mit dem phänomenalen Erfolg des neuen Studiengangs rechneten selbst seine Initiatoren nicht. Von einem Semester zum nächsten saßen in den zugehörigen soziologischen Seminaren nun nicht mehr einige Dutzend, sondern mehrere Hundert Studierende. Von da an betreute der Lehrstuhl für Soziologie beständig mehr Studierende als die Professorenschaft der Theologischen Fakultät zusammen.

Der Analytiker multikultureller Gegenwartsgesellschaften. Alf Mintzel hat die soziologische Parteienforschung entscheidend geprägt. Seine Beiträge zur Theorie und Empirie der Großparteien wurden in Englisch, Italienisch, Spanisch und Russisch übersetzt. Als er einmal mehr zu einer weiteren Fortschreibung seiner CSU-Forschung gebeten wurde, wieder und wieder die Strategien des Machterhalts der CSU oder die Machtlosigkeit der bayerischen Oppositionsparteien kommentieren sollte, wurde er seines Rufes als »CSU-Mintzel« überdrüssig. Am meisten ärgerte es ihn, dass ihn die Fachwelt partout weiterhin nur als Parteienforscher wahrnehmen wollte, wo doch seine wissenschaftliche Neugier längst auf anderen Themen gestoßen war. Die vergleichende Gesellschaftsanalyse stellte für ihn einen Kernbestandteil soziologischer Kompetenz dar, der im zusammenwachsenden Europa immer wichtiger wurde. Frühzeitig legte er Analysen zu den multikulturellen Herausforderungen Europas und Nordamerikas vor oder widmete sich der Frage, ob es so etwas wie eine einheitliche, vielleicht sogar verbindliche »europäische Leitkultur« geben könnte.

Der öffentliche Soziologe. Als Weberianer konnte Alf Mintzel dann besonders streitbar sein, wenn er die Wissenschaft politisch instrumentalisiert sah. So intervenierte er erfolgreich gegen den ungeschickten Versuch des *inventing of traditions* durch die Universitätsspitze, die ausgerechnet die gegenreformatorische *Madonna triumphans* als Universitätssymbol installierte, und opponierte gegen einen Würzburger Kollegen, der ungewöhnlich häufig fragwürdige Promotionsverfahren anstrenge.

Alf Mintzel als Chef und Kollege. Als langjährig Mitarbeitende bleiben uns ganz besonders Alfs einnehmende Herzlichkeit, die mitreißende Begeisterungsfähigkeit, seine gefühlsbetonte Offenheit Menschen und neuen Sachverhalten gegenüber in Erinnerung. Alf war kein gefühlsarmer Patron, wie er im akademischen Leben nicht selten vorkommt. Auch im gesetzten Akademikeralter war er auf ihm vorher eher fremde Phänomene neugierig und, wenn er auf neue Erkenntnisse gestoßen war, steckte er mit seiner Freude an. Umgekehrt macht er aus seinem Herzen keine Mördergrube, wenn er sich über etwas oder jemand ärgerte. Oft genug war das die Hartleibigkeit des katholisch-bürgerlichen Milieus, doch bisweilen konnten auch wir Gegenstand seines gerechten Zornes werden. Der lautstarken Auseinandersetzung um der Sache willen folgte dann stets die aufrichtige Versöhnung.

In Erinnerung bleiben uns auch Alfs anhaltende Freude an der Lehre und an der Begegnung mit Studierenden. Studierende wurden bei ihm ernst genommen. Jahre bevor es obligatorisch wurde, hat Mintzel in seinen Lehrveranstaltungen Studierendenbefragungen durchgeführt. Wer bei Mintzel eine Arbeit schrieb, konnte sicher sein, eingehend beraten zu werden. Auch deswegen war er ein beliebter akademischer Lehrer. Die Sprechstunden waren dementsprechend voll, und sie wurden stets überzogen.

Alf Mintzels Grenzgängertum war nicht auf die Wissenschaft, noch weniger auf die Politische Soziologie beschränkt. »Ein Parteienforscher mit dem Auge des Künstlers« heißt es treffend in der Würdigung Patrick Bahners in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Noch seine Todesanzeige hat er mit einem Text frei nach Jean Paul selbst gestaltet. Am 16. Februar 2025 ist er gestorben.

Stefan Immerfall und Barbara Wasner

Call for Papers

Economic Democracy and Beyond: Re-thinking the role of democratic participation in industry and the economy

6th Conference of the European Labour History Network, 16 to 19 June 2026 in Barcelona

Since at least the end of the 18th century, social reformers, labor leaders, organized workers, and political movements have promoted democratic control of the workplace, industry, and economic life as a crucial precondition not only for social justice and material security but also for political democracy more generally. In so doing, they have highlighted that when workers and employees lack effective voice at work and control over the labor process, their political participation and formal political equality is seriously curtailed more broadly. Indeed, many have argued that political democracy will fail to materialize or, where it existed, soon experience backsliding should democratic rights over work, industry, and the economy be withheld or decline. Against this backdrop, intellectuals, political and trade union actors, and social movements proposed a wide range of theories as well as practical measures that underlined the participation of employees and labor in decision-making as a prerequisite for the sustainability of democratic rule. In light of the current attacks on democratic institutions, we believe that now is the time to re-think what role the improvement and expansion of employee participation in industrial and economic decision-making might play in the fight for the future of our democracies.

Today, growing fears of democratic erosion in the political sphere happen to follow on the heels of a general decline of economic democracy over the last decades. For this reason, we want to explore the role that democracy has played in the thinking, organizing, and lived experiences of past and present-day individuals and movements pushing for greater control over in-

dividual workplaces, whole industries, and entire economies. Instead of concentrating on how workplace democracy has impacted economic performance, productivity, and employee satisfaction – the focus of much previous research – we want to go to the heart of our subject and ask: whether, how, and why democracy at work strengthens and improves democracy in a variety of other social spheres, from families and civic organizations to local communities, the nation state and the international arena? For this purpose, we are proposing a series of panels that go beyond the historical gaze of our working group's previous activities.

We invite contributions from a wide range of disciplines, including history, philosophy, sociology, law, political science, economics, and more. We are particularly interested in transnational and comparative papers and papers on non-Western and Global South debates and developments. We are open to case studies as well as theoretical and conceptual papers. We have no focus on a specific period. Rather, we hope to facilitate interdisciplinary debate that includes both past and contemporary perspectives. For case studies, we expect that presenters reflect on how their case(s) relate to some of the broader themes we explore in this panel. We are looking for papers that deal with (but are not limited to) issues such as:

- *The relationship between industrial and economic democracy on the one hand and political democracy on the other.* How have theoreticians, political actors, trade unionists, and everyday workers conceived of the influence that industrial and economic democracy would have on democracy in politics? How can the impact of industrial and economic democracy on political democracy be measured, studied, and interpreted? What are the conceptual and methodological challenges in such studies?
- *The impact of democratic participation on »democratic mentalities«.* To what extent (and how) did/do theoreticians and practitioners believe that the subjective experience of being involved in decision-making at work infuses(d) employees with the spirit and consciousness that fuels support for democratic rule and sustained democratic engagement beyond the casting of ballots? Did/does active participation equip workers with skills necessary to participate in democratic deliberation and action outside their work environment? Are/were employees who participate in democratic decision-making at work more likely to accept majority decisions? Are/were employees who participated in democratic decision-making at work more likely – in their daily political lives – to actively counter authoritarian, fascistic, colonial or other anti-democratic political forms?

- *The relationship between industrial democracy and economic democracy.* Were/are some places or industries more likely than others to distinguish between democratic participation at the workplace and democratic participation in the wider economy? How did/do these two levels influence one another? Have distinct political movements been more likely to align themselves with one or the other?
- *The meaning of participation, control and representation in industrial and economic democracy.* What did/does active employee participation to decisions of workplace and economic management look like? What measures were/are implemented to facilitate active participation in decision-making? Who resist(ed) these measures, and why? How did past and present actors conceive of representation? What was/is the relationship between participation and representation?

The deadline for submission is **July 15, 2025**. Paper abstracts of max 300 words should be accompanied by a short bio. For more information on the European Labour History Network and conference logistics see <https://socialhistoryportal.org/elhn>. Please send paper proposals as well as all inquiries to

Aurélie Andry

E-Mail: aurelie.andry@eui.eu

Vernetzungstreffen für Promovierende

Workshop am 22. September 2025 an der Universität Duisburg-Essen

Im Vorfeld des DGS-Kongresses lädt die Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in diesem Jahr wieder zu einem Vernetzungstreffen für Promovierende ein. Im Rahmen des halbtägigen Workshops sollen laufende Dissertationsvorhaben in unterschiedlichen Stadien vorgestellt und gemeinsam mit Mitgliedern der Sektion diskutiert werden. Darüber hinaus bietet das Treffen Gelegenheit zur weiteren Vernetzung und zum kollegialen Austausch. Bei Interesse bitten wir um die Einreichung eines Abstracts (auf Deutsch oder Englisch, max. 2.600 Zeichen inkl. Leerzeichen). Die Abstracts werden allen Teilnehmenden ebenso wie Informationen zum genaueren Ablauf zur Verfügung gestellt. Wir bitten um Anmeldung bis zum **30. Juli 2025** per E-Mail an

srsoziologie@gmail.com

Tagungen

Wissenssoziologie der Menschenrechte

Tagung der Sektion Wissenssoziologie am 20. und 21. November 2025 an der Université du Luxembourg

Eine Wissenssoziologie der Menschenrechte setzt an der sozialen Konstruktion des Menschen als Menschenrechtssubjekt an. Sie verfolgt damit einen anderen Anspruch als natur- und vernunftphilosophische Begründungen. Auch geht es ihr nicht darum, »den Menschen« als ein mit Menschenrechten und Menschenwürde bekleidetes Wesen normativ vorauszusetzen. Aus einer wissenssoziologischen Perspektive wird die Ausstattung des Menschen mit Menschenrechten selbst zum Thema und zu einem Untersuchungsgegenstand, dessen historische und gesellschaftliche Geltungsbedingungen, Erscheinungsformen und Folgen zu erkunden sind. Dies schließt das Gebot des Würdeschutzes ein, der den Menschenrechten inhärent und zugleich umstritten ist. In den Blick kommen Wissensformen und Prozesse der Institutionalisierung des menschenrechtlich definierten Menschen in ihren rechtlichen, politischen, sozialen und kulturellen Dimensionen ebenso wie der darin strukturell angelegten Individualisierung von Rechtssubjektivität, die weitreichende transformative Potentiale hat; das Wechselverhältnis von Verallgemeinerung und Spezifikation, zum Beispiel aufgrund unterschiedlicher menschlicher Bedarfe und Bedürfnisse; die Dynamik von Universalisierung und Partikularisierung, die vor allem in Kontroversen und Konflikten aufscheint – zum Beispiel um einen »alten« und »neuen«, derzeit wieder auflebenden Kulturrelativismus; die Frage nach der lebens- und alltagsweltlichen Relevanz der Zuschreibung von Menschenrechten und Menschenwürde; und nicht zuletzt nach der tatsächlichen subjektiven Bedeutung, die mit dem garantierten »Haben« oder dem aus der Deprivation geborenen »Beanspruchen« von Menschenrechten und Menschenwürde sinnhaft verbunden ist. Auch die Annahme einer lebens- und alltagsweltlichen Irrelevanz,

einer subjektiven Bedeutungslosigkeit oder einer absoluten Negation darf hierbei nicht ausgeschlossen werden.

Die Geschichte und Gegenwart der Menschenrechte sowie des Ringens um Menschenwürde sind mit Brüchen, Widersprüchen, Zäsuren und Asymmetrien verbunden. Die Erfahrung des Holocaust, der Eugenik, des Kolonialismus, der Geschlechterungleichheit und anderer Formen sozial, kulturell, politisch und rechtlich relevanter Ausschließungen (zum Beispiel von Armen, gleichgeschlechtlich Liebenden und politischen Dissidenten) zeugen von der Labilität und Fragilität eines menschenrechtlich definierten ›Wir‹. Die menschenrechtliche Moderne bildet – dem Anspruch nach – einen maximal weiten Inklusionshorizont, der sich auf ›den Menschen‹ selbst bezieht. Sie ist zugleich von Exklusionen durchkreuzt, deren Problematisierung sich wiederum auf die Menschenrechte und deren universalistischen Geltungsanspruch berufen kann. Gesellschafts- und sozialtheoretisch, empirisch und methodologisch eröffnet sich ein Reigen von Frage- und Problemstellungen, die wissenssoziologisch auf der Makro- und Mesoebene gesellschaftlicher Entwicklungen und Institutionen ebenso wie in mikrosozialen Handlungs- und Erfahrungszusammenhängen zu beleuchten sind. Auf der Tagung sollen folgende thematische Komplexe behandelt und erörtert werden:

I Die Wissensform der Menschenrechte

Welche gesellschaftlichen Entwicklungen bringen die Menschenrechte hervor? Wie etablieren sie sich als Wissensform? Wer sind ihre Trägergruppen? Wie werden sie in unterschiedliche Zusammenhänge integriert? In welchem Verhältnis stehen sie zu den nationalen Grund-, Bürger- und Sozialrechten? Welche Rolle spielen menschenrechtsbezogene Diskurse, Deutungskämpfe und Engagements?

II Der Alltag der Menschenrechte

Wie werden Menschenrechte im Alltag relevant (gemacht)? Wie entsteht das Bewusstsein für Menschenrechte, individuell und kollektiv? Welche Ausprägungen nimmt dieses Bewusstsein an, etwa als (Nicht-)Inanspruchnahme eigenen Rechts, als Anerkennung oder Bestreitung des Rechts anderer? Welche Vergemeinschaftungsprozesse oder Konflikte, soziale Ungleichheiten oder kulturelle Unterscheidungen bilden sich ab?

III Das Subjekt der Menschenrechte

Handelt es sich bei den Menschenrechten um abstrakte Normen, spiegeln sie sich im Erleben wider oder sind sie darin fundiert? Welche Bedeutung gewinnen hier zum Beispiel Würde, Stolz, Leid, Neugier, Empathie und Solidarität? Wenn die menschenrechtlichen Normen auch universell und planetarisch angelegt sind – sind sie in der Erfahrung plural, partikular und different? Lassen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten auch jenseits gängiger Sozial- und Kulturkategorien ausmachen?

Organisation und Kontakt:

Angelika Pofertl

E-Mail: angelika.pofertl@tu-dortmund.de und

Boris Traue

E-Mail: boris.traue@uni.lu

Rechtskatholizismus – Zum Verhältnis von Katholizismus und Rechtspopulismus

39. Jahrestagung des Schwerter Arbeitskreis Katholizismusforschung vom 21. bis 23. November 2025 in Schwerte

Die Jahrestagung des Schwerter Arbeitskreises bildet ein offenes Forum, das Forscher:innen verschiedener Disziplinen die Möglichkeit bietet, neue Projekte und Fragestellungen in der Katholizismusforschung in kollegialer Atmosphäre zu diskutieren. Die diesjährige Tagung findet vom 21. bis 23. November 2025 in Zusammenarbeit mit der Katholischen Akademie Schwerte statt. Am Vormittag des 23. November widmet sich die Jahrestagung im Rahmen der Generaldebatte dem Thema »Rechtskatholizismus – Zum Verhältnis von Katholizismus und Rechtspopulismus«.

Das Jahr 2025 startete mit der erneuten Präsidentschaft von Donald Trump in den Vereinigten Staaten von Amerika, der im Wahlkampf rechtspopulistische und rechtsextreme Ideen vertreten hatte. Nachwahlbefragungen zeigten, dass er insbesondere bei christlichen Wähler:innen stark abgeschnitten hatte; von den katholischen Wähler:innen erhielt er 54 Prozent der Stimmen. Auch in Europa sind rechtspopulistische und demokratiebedro-

hende Parteien weiter auf dem Vormarsch. Studien zeigen, dass sich insbesondere am rechten Rand des Katholizismus Überschneidungen mit der Neuen Rechten finden lassen. Bereits in der Weimarer Republik suchten antidemokratisch eingestellte Katholik:innen die Nähe zu faschistischen Bewegungen und leisteten als »Brückenbauer:innen« einen Beitrag zu Niedergang und Zerstörung der Demokratie.

In der diesjährigen Generaldebatte möchten wir gemeinsam darüber diskutieren, wie der Begriff des »Rechtskatholizismus« historisch entstand und wie er zu definieren ist. Welche historischen Phänomene werden damit erfasst? Wie verhielten sich Katholik:innen gegenüber rechten politischen Bewegungen historisch – insbesondere: Welchen Anteil hatten sogenannte Rechtskatholik:innen am Untergang der ersten deutschen Demokratie? Zugleich möchten wir fragen, inwiefern katholische Anteile in zeithistorischen und gegenwärtigen rechtspopulistischen sowie rechtsextremen Bewegungen und Parteien stecken. Ebenso sollen sowohl Positionierungen des Katholizismus gegenüber dem Rechtspopulismus, beispielsweise klare Abgrenzungen wie das Positionspapier »Unsere Zukunft heißt Demokratie« der ostdeutschen katholischen Jugendverbände von 2024 oder die Erklärung der deutschen Bischöfe zur Unvereinbarkeit von Völkischem Nationalismus und Christentum von 2024, als auch mit rechten Positionen sympathisierende Erscheinungen wie die Gruppierung »Christen in der AfD« diskutiert werden. Was lässt sich dabei aus einem historischen Vergleich mitnehmen?

Für die Diskussion dieses Themas konnten wir Olaf Blaschke (Münster) und Marianne Heimbach-Steins (Münster) als Referent:innen gewinnen: Olaf Blaschke wird eine Begriffsgeschichte des »Rechtskatholizismus« diskutieren. Marianne Heimbach-Steins wird sich dem Verhältnis von katholischen Traditionen und rechten Denkmustern an ausgewählten Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart widmen. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Martin Belz
Universität Osnabrück
E-Mail: Martin.belz@uni-osnabrueck.de

Sarah Thieme
Universität Münster
E-Mail: sarah.thieme@uni-muenster.de